

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **30. Juli 2014** (Beginn **20.10** Uhr; Ende **21.40** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Detlef Hofmann (V)
Jürgen Marin (V)

Schriefführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **17.07.2014** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **18.07.2014** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: **Verpflichtung der neu- und wiedergewählten
Ortschaftsratsmitglieder**
(Vorlage Nr. 1/2014)**

Die neu- und wiedergewählten Ortschaftsräte sind nach § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung in der ersten Sitzung durch den Ortsvorsteher öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten zu verpflichten.

Für die verhinderten Ortschaftsräte Detlef Hofmann und Jürgen Marin werde die Verpflichtung in der nächsten Sitzung nachgeholt, erklärt der Vorsitzende einleitend.

Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde und der Ortschaft Neureut gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe“.

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch den Ortsvorsteher und die sich anschließende Bestätigung der Gewählten durch die gemeinsam gesprochenen Worte „**Ich gelobe es**“ erfolgt die Verpflichtung der anwesenden Damen und Herren des Ortschaftsrates durch den Ortsvorsteher per Handschlag

Bei der Wahl am 25.05.2014 wurden folgende Bewerber/innen in den Ortschaftsrat Neureut gewählt:

Bluck, Klaus	SPD
Böllinger, Herbert	CDU
Denecken, Harald	SPD
Dr. Hansis, Dorthea	Grüne
Dr. Hugenschmidt, Stephanie	Grüne
Groß, Günther	CDU
Heidke, Karin	Grüne
Hofmann, Detlef	CDU
Kirchenbauer, Claudius	CDU
König, Dieter	FDP
Lamprecht, Karsten	CDU
Luczak-Schwarz, Gabriele	CDU
Marin, Jürgen	SPD
Metzger, Thomas	Grüne
Moser, Irene	SPD
Reher, Ole	FDP
Rohrhuber, Barbara	SPD
Schmider, Brigitte	FDP
Seibert, Steffen	CDU
Weinbrecht, Martina	CDU

Alle gewählten Ortschaftsräte/innen haben inzwischen der Ortsverwaltung mitgeteilt, dass sie ihre Wahl annehmen.

In der Sitzung Nr. 59 vom 30.07.2014 hat der Ortschaftsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung gem. § 29 Abs. 5 i. V. m. § 72 GemO festgestellt, dass bei den bei der Wahl am 25.05.2014 neu gewählten Mitgliedern des Ortschaftsrates Neureut ein Hinderungsgrund für ihren Eintritt in den Ortschaftsrat nach § 29 Abs. 1 - 4 GemO nicht vorliegt.

Nach § 32 Abs. 1 i. V. mit § 72 GemO verpflichtet der/die Ortsvorsteher/in die Ortschaftsräte/innen in der 1. öffentlichen Sitzung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten. Danach bekräftigen die Gewählten die Verpflichtung durch die gemeinsam gesprochenen Worte „Ich gelobe es“.

Anschließend nimmt der Vorsitzende den Verpflichtenden den Handschlag ab und von ihnen eine entsprechende Niederschrift über die Verpflichtung unterschrieben.

Zunächst erinnert der Vorsitzende an das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 25. Mai 2014: Die CDU blieb mit einem Zuwachs von 1,1 % der Wählerstimmen, auf insgesamt 48.258, stärkste Kraft in Neureut, mit wie bisher 8 Sitzen. Die SPD konnte mit 5 Sitzen ihr Ergebnis mit 25,3 % bei 0,1 % Stimmenzuwachs gegenüber der letzten Wahl halten. Die FDP rutschte dem bundesweiten Trend folgend von bislang 25,8 % auf 16,6 % zurück und musste einen Verlust von 2 Sitzen, auf künftig nur noch 3 Sitze hinnehmen. Den größten Zuwachs können die GRÜNEN verzeichnen: 19,1 %, d.h. 23.967 Stimmen, gegenüber 11,7 % bei der letzten Wahl, brachten ihnen zwei zusätzliche Sitze ein“.

Dann richtet der Vorsitzende an die fünf neu Gewählten und auch die 15 wiedergewählten Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräten seine herzlichen Glückwünsche zur Wahl in den Neureuter Ortschaftsrat und dankte ihnen vor allem dafür, dass sie zur Kandidatur bereit gewesen sind und sich damit in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Ein großes Bedürfnis sei es ihm aber auch, sich bei allen anderen Kandidatinnen und Kandidaten, die leider kein Mandat für den Ortschaftsrat erhielten, dennoch für ihre Bereitschaft zu kandidieren, zu bedanken.

„Ihnen, ebenso aber auch den Gewählten gilt mein Dankeschön, weil mir mehr und mehr das sich umgreifende Desinteresse an der Kommunalpolitik Sorgen bereitet“, so der Ortsvorsteher. Und weiter unterstrich er: „Obwohl sich in einer Gemeinde, in einer Ortschaft, in einem Stadtteil, also hier bei uns in Neureut, die

Lebensverhältnisse für den Einzelnen am unmittelbarsten gestalten lassen, kümmert dies leider offenbar nur recht wenige. Die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger ist hauptsächlich darauf ausgerichtet, dass sie bzw. er, die privaten Dinge in ihrem Sinne ordnen können, d.h. wenn es um persönliche Angelegenheiten für sie, oder nur private Dinge in seinem Bereich geht.

Man übersieht dabei allerdings, dass die unmittelbare Lebensqualität ganz entscheidend auch davon abhängt, ob das gemeindliche, ob das große Umfeld insgesamt stimmt. Die Kommunalpolitik hat nämlich die Aufgabe, alle öffentlichen Leistungen auf örtlicher Ebene zusammenzufassen und sie bedürfnisgerecht dem Bürger zu erschließen. Diese Aufgaben sollen aber nicht nur für den Bürger, sondern auch mit ihm und durch ihn erfüllt werden.

Es ist daher jeder Bürger, jede Bürgerin, aufgerufen aktiv daran mitzuarbeiten. Und ich freue mich, dass nun in der Tat bei unserem Stadtteilentwicklungsprozess sich doch wieder zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren, und sich für die Zukunft von Neureut einsetzen. Viele, leider zu viele Mitmenschen tun dies aber nicht, oder nicht mehr. Die Wahlbeteiligung lag in diesem Jahr zwar wieder leicht erhöht bei 46,5 %, aber immer noch weit entfernt von früheren Wahlen, als die Wahlbeteiligung noch bei 65 bis 70 % lag. Dies stimmt doch recht bedenklich. Wie dem auch sei, bzw. wie wir diesem Phänomen auch entgegenwirken können, und ich denke auch werden: Zu meiner Freude, meine Damen und Herren, sind unter den gewählten Vertretern des Ortschaftsrates auch 15 Damen und Herren, die bereits dem vorherigen Ortschaftsrat angehörten und mit Dankbarkeit habe ich soeben in der vor gelagerten Sitzung die 5 ausgeschiedenen Mitglieder aus dem Ortschaftsrat verabschiedet.

Neu sind (alphabetische Reihenfolge):

Harald Denecken	über die Liste der SPD
Dr. Dorothea Hansis	über die Liste der Grünen
Dr. Stephanie Hugenschmidt	über die Liste der Grünen
Detlef Hofmann	über die Liste der CDU
Thomas Metzger	über die Liste der Grünen

Weiter betont der Vorsitzende, ihm stimme die Tatsache positiv, dass zu der bislang bereits sehr aktiven Riege von sechs Frauen nun noch zwei weitere, neue Gesichter

hinzugekommen seien und das Gremium die bislang stärkste Frauenquote von immerhin 40% erreicht habe.

An die Ortschaftsräte gewandt, sagt der Vorsitzende, er dürfe deshalb zu Beginn der neuen Sitzungsperiode die Hoffnung aussprechen, dass der neue Ortschaftsrat, so wie es bisher immer der Fall war, immer das Wohl der Bürgerinnen und Bürger von Neureut bedenkt und auch entsprechend handelt. Denken sie daran, dass der Ortschaftsrat letztendlich auch Teil der Ortsverwaltung ist, mahnt er. Denn die Ortschaftsräte geben die Grundsätze für das Handeln der Verwaltung vor. Gewiss werde man nicht in allen Abstimmungen Einigkeit erzielen. Wichtig und entscheidend sei jedoch, dass alle ernsthaften Argumente vor einer Abstimmung durchgedacht, diskutiert werden, auch wenn sie nicht von der eigenen Fraktion eingebracht wurden. Denn auch politische Gegner können im privaten Leben Freunde sein. Daran wollen wir stets denken und um sachliche Arbeit bemüht bleiben. Erfreulich sei für ihn, dass die Parteiunterschiede auf örtlicher Ebene doch weniger bedeutsam sind. Vielmehr sei Sachverstand, Erfahrung und örtliche Kenntnis gefragt. Fähigkeiten, die nicht automatisch durch eine Parteimitgliedschaft erworben wird. Bemühen wir uns daher gemeinsam, um stets gute, bzw. um die jeweils besten Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Stellen wir das Miteinander und Füreinander in den Vordergrund unserer künftigen Arbeit. Seien sie sich dabei auch immer wieder der großen Bedeutung und der Funktion des Ortschaftsrates bewusst, insbesondere in einem so großen Gemeinwesen wie die Stadt Karlsruhe. Die Kenntnisse vor Ort sind bei Entscheidungsfindungen von großem Wert. Der Ortschaftsrat ist als kompetente und gewissenhafte Vertretung der Bürger wirklich unverzichtbar, auch wenn in den Diskussionen oftmals andere Töne laut werden. Der Neureuter Ortschaftsrat hat zusammen mit der Ortsverwaltung, und auf der Grundlage intensiver, unverzichtbarer Kenntnisse vor Ort, immer kompetent mit der Stadtverwaltung Karlsruhe zusammen gearbeitet. Und so wissen wir auch alle: Mitglied des Ortschaftsrates zu sein, bedeutet weit mehr als nur an Sitzungen des Gremiums teilzunehmen.

Lassen sie mich auch an die Damen und Herren, die aus dem Bereich Neureut im Karlsruher Gemeinderat vertreten sind, und zwar Frau Luczak-Schwarz, Frau Irene Moser, Herr Detlef Hofmann und Herr Josuah Konrad, appellieren: Auch wenn es immer so schön heißt, man soll das gesamtstädtischen Interesse im Auge behalten, man soll sich diesen unterordnen, so bitte ich sie trotzdem, sich dennoch verstärkt für

die berechtigten Neureuter Belange einzusetzen, wie dies auch in der Vergangenheit oftmals bewiesen wurde.

Unsere Gemeindeordnung kennt weder ein Parlament mit Mehrheitsfraktionen oder Oppositionen, noch eine Regierung. Gefordert wird vielmehr ein ungeteiltes Bemühen, das bestmögliche zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu leisten und zu bewirken. Und hier ist der Schlüssel für ein vertrauensvolles, auf sachliche Kooperation ausgerichtetes Arbeitsklima. Ein gutes Miteinander ist deshalb die Voraussetzung für ein wirklich vernünftiges Schaffen!

Zu Punkt 2 der T.O.: **Vorschlag des Ortschaftsrates zur Neubestellung des Ortsvorstehers**
(Vorlage Nr. 2/2014)

Die Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe sieht vor, dass für den Stadtteil Neureut ein Gemeindebeamter nach § 71 Abs. 2 der Gemeindeordnung als Ortsvorsteher bestellt wird. Er wird vom Gemeinderat im Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat für die Dauer der Amtszeit des Ortschaftsrates bestellt.

Der bisherige Ortsvorsteher **Herr Jürgen Stober** stellt sich zur Wiederwahl.

Zur Wahl steht somit an:

Herr Jürgen Stober

Zuvor wendet sich Jürgen Stober mit folgenden Ausführungen an das Gremium:

Sie haben es der Druckvorlage entnommen, dass ich mich gerne erneut zur Wahl stellen möchte, denn mit der Verpflichtung des neuen Ortschaftsrates geht nun auch meine 5-jährige Amtsperiode zu Ende. Es steht somit die Entscheidung neu an, wer in den nächsten Jahren die Aufgaben des Ortsvorstehers, und zwar zum einen als Leiter der Ortsverwaltung und zum anderen als Vorsitzender des Neureuter Ortschaftsrates, erfüllen soll. Wie Sie wissen verlangt das Amt von seinem Inhaber viel ab, an Verantwortungsbewusstsein und vor allem auch an Einsatzbereitschaft. Gerade dies ist mit ein Grund dafür, dass ich gerne nochmals Ortsvorsteher von Neureut werden möchte. 10 Jahre lang führe ich nun dieses Amt, und würde mich freuen, es auch weiterhin tun zu können, d.h. zumindest noch drei Jahre lang, bis Ende November 2017, denn dann werde ich 65 Jahre alt und muss aus beamtenrechtlichen Gründen abtreten. Nicht unerwähnt lassen will ich in diesem Zusammenhang aber auch noch – gerade für die neuen Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte – dass ich als Parteiunabhängiger nicht aus politischen Gründen zum Ortsvorsteher gewählt worden bin, sondern zu allererst als jemand der die berufliche Qualifikation, bzw. die entsprechende Befähigung dazu hat.

Die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte aus der vergangenen Wahlperiode kennen mich ja bereits, und die neu hinzugekommenen dürften sich aus dem, was sie in den letzten Jahren von mir oder über mich gehört und gelesen haben, ein ungefähres Bild meiner Person machen können. Sie werden dabei auch mitbekommen haben, dass ich keinesfalls unfehlbar bin und dass ich meine Meinung nicht als die alleinige verstehen möchte.

Mir liegt vielmehr vor allem daran, wenn möglich immer einvernehmliche Lösungen zu finden, und daher lege ich auch sehr viel auf Konsensfähigkeit und vor allem auf Kompromissbereitschaft. Was in den knapp 5 Jahren, in denen ich einmal mehr hier als Ortsvorsteher tätig war, geleistet und erreicht wurde, ist eben nicht etwa nur ein Erfolg meiner Person als Ortsvorsteher, ganz im Gegenteil, es ist ein Erfolg des gesamten Ortschaftsrates und der gesamten Ortsverwaltung Neureut.

Kollegialität untereinander, Bereitschaft zur Zusammenarbeit, das Wohl der Allgemeinheit als die allem übergeordneten gemeinsamen Zielsetzungen, das waren die tragenden Grundpfeiler unserer bisherigen, guten und ersprießlichen Zusammenarbeit. Sie war auch durch ein erfreulich hohes Maß an gegenseitigem Verständnis und Harmonie gekennzeichnet.

Die vielen Themen unserer Sachentscheidungen wurden stets mit großer Sorgfalt erarbeitet, vorbereitet und behandelt. Darauf kam es mir besonders an, und ich glaube, es ist uns allen hier in diesem Saale auch immer gut gelungen.

Ich möchte, dass wirklich alle Bürger gleich und gerecht behandelt werden. Dieses beinhaltet unter anderem auch, dass keine großen Sprüche gemacht und auch keine Versprechungen gegeben werden, die Erwartungen wecken, die Sachzwänge schaffen, und dann aber letztlich doch unerfüllt bleiben müssen.

Gerade in meinen regelmäßigen Bürgersprechstunden habe ich dies auch immer wieder erfahren und auch Verständnis dafür erhalten, dass das Gemeinwohl immer im Vordergrund stehen muss und eventuelle persönliche Vorteile hinten anzustehen haben. Eine Gemeinschaft, wie sie die Ortschaft Neureut darstellt, ist auf die Solidarität aller Mitbürgerinnen und Mitbürger untereinander angewiesen. Um sie war ich bisher auch immer bemüht. Sie weiter zu fördern, sie zu entwickeln und zu vertiefen, wäre mir eine Selbstverpflichtung, mit der ich in die neue Amtsperiode gehen würde. Neureut, so haben es auch immer wieder meine Amtsvorgänger betont, ist unser Lebensraum und zugleich auch unsere Heimat. Sie ist uns, sie ist mir ans Herz gewachsen. Sie wollen wir bewahren, und verwurzelt in der Tradition, den heutigen Bedürfnissen entsprechend behutsam weiter entwickeln und gestalten. Wenn Sie mir dazu den Auftrag erteilen, verspreche ich Ihnen, mich diesen Herausforderungen und Zielen auch in den kommenden Jahren erneut voll und ganz zu widmen. Vielen Dank.

Ortsvorsteher Jürgen Stober übergibt hiernach die Verhandlungsführung gemäß § 71 der Gemeindeordnung an das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ortschaftsrates, Herrn Ortschaftsrat Harald Denecken, ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Ortschaftsrat Harald Denecken übernimmt die Führung der Verhandlung und weist in seinen Worten als „Alterspräsident“ unter anderem darauf hin, dass wer nie in einen Ortschaftsrat gewählt worden sei, nicht den Wert eines Ortschaftsrates ermessen könne. Neureut werde von vielen Stadtteilen der Stadt Karlsruhe beneidet, was er immer mit sehr viel Wohlwollen empfangen habe, im Karlsruher Gemeinderat, wenn man neidisch auf die Teilorte mit Ortschaftsräten war. Er sei gern

zurückgekommen, meint er im Hinblick auf seine erfolgte Rückkehr in den Ortschaftsrat – dies sei ein Beweis dafür, dass es wertvoll sei in einem Ortschaftsrat zu sein und auch „WERTE“ voll.

Zur Wahl stellt er dann öffentlich die Frage, ob es in dem Raum eine Person gebe, die sich als Ortsvorsteher bewerbe? Dies ist nicht der Fall.

Nachdem auf die entsprechende Anfrage keine weiteren Wahlvorschläge eingehen und auch bei der Ortsverwaltung keine weiteren vorliegen, erläutert Harald Denecken, dass gemäß § 37 Abs 7 der Gemeindeordnung Wahlen grundsätzlich geheim mit Stimmzettel durchgeführt werden; es kann jedoch offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Auf die entsprechende Abfrage von Harald Denecken, spricht sich **Ortschaftsrat Karsten Lamprecht** für eine geheime Wahl aus.

Die hierauf durchgeführte geheime Wahl mit Stimmzetteln erbringt folgendes Ergebnis:

18 gültige Stimmen, hierauf entfallen auf

Jürgen Stober 14 Ja - Stimmen

drei Gegenstimmen sowie eine Enthaltung

Damit ist im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit erreicht und der Ortschaftsrat fasst folgenden

Beschluss:

Der Ortschaftsrat schlägt dem Gemeinderat **Herrn Jürgen Stober** zur Neubestellung als hauptamtlichen Ortsvorsteher von Neureut vor.

Nach Abschluss der Wahlhandlung übernimmt der wiedergewählte Ortsvorsteher Jürgen Stober wieder den Vorsitz und wendet sich mit folgenden Worten an das Gremium:

Ich bedanke mich ganz herzlich für den großen Vertrauensbeweis, den Sie mir durch die Wiederwahl entgegen gebracht haben. Es ist für mich einerseits Genugtuung, dass ich die mir gestellten Aufgaben doch offensichtlich gut gemeistert habe, aber natürlich auch gleichzeitig Verpflichtung, durch weiterhin gute Leistungen immer zum Wohle von Neureut zu versuchen, dieses ausgezeichnete Wahlergebnis zu rechtfertigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde dem Ortschaftsrat wiederum für die nächsten 5 Jahre die gute Zusammenarbeit in der bisherigen Form anbieten. Offenheit, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und jederzeitige Ansprechbarkeit für die Belange unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und natürlich auch für den Ortschaftsrat sind mir deshalb Grundlage und Selbstverständnis meiner Arbeit.

Dieses Konzept hat sich in den zurückliegenden Jahren bewährt, und ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit gemeinsam mit Ihnen zum Wohle der Menschen hier in Neureut.

Die Aufgaben, die sich uns stellen, und die auch neu auf uns zukommen, werden uns sehr viel abverlangen. Aber so denke ich, der allgemeine Auftrag an den Ortschaftsrat besteht ja gerade darin, sich den Aufgaben zu stellen, Initiator der gemeindlichen Entwicklung zu sein, und sich letztendlich eben in besonderem Maße um die Integration der gesamten Bürgerschaft zu bemühen.

Sie als Ortschaftsrat sind natürlich auch der Motor für die Verwaltung. Sie müssen die Leitlinien setzen, Impulse geben, und das Handeln bestimmen. Unsere Ortschaftsverfassung ist unumstritten. Worum es uns aber auf absehbare Zeit gehen muss, ist es, den Bestand auch der Ortsverwaltung zu sichern. Im Zuge der derzeit durchaus angespannten Finanzlage, und der dabei erneut aufkommenden Diskussion um Sparzwänge wird uns dieses Thema durchaus noch beschäftigen.

Und gerade hierbei wird es auch weiterhin heißen, an einem Strang zu ziehen. Unser Ziel muss es sein, das Erreichte zu sichern und dabei immer wieder zu versuchen, notwendige Maßnahmen und wenn es auch sein müsste – unpopuläre – in die Wege zu leiten, aber natürlich immer unter dem Gesichtspunkt zum Wohle von Neureut und seiner Bürgerschaft.

Sicher wissen wir auch um den Stellenwert der Gesamtstadt in der hiesigen Region und zur heutigen Zeit. Selbstverständlich kennen wir auch die Probleme, die dadurch zu bewältigen sind. Wir sind auch gerne bereit, bei den Aufgabenstellungen mitzuhelfen, aber wir bitten auch um Verständnis für unsere Anliegen, für die Anliegen unserer Neureuter Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Und so muss es auch unser aller Bestreben sein, die Bürgerschaft noch stärker am kommunalen Geschehen und an den kommunalen Planungsprozessen zu beteiligen, wie z.B. der Planungswerkstatt zur weiteren Verbesserung des Wohnumfeldes innerhalb Neureuts.

Aufgrund vieler Kontakte mit den Menschen unserer Gemeinschaft bin ich von deren Aufgeschlossenheit für die Probleme ebenso überzeugt, wie von ihrem Verständnis, dass nicht alles machbar ist, was wünschenswert wäre.

Unser besonderes Bemühen und Bestreben gilt deshalb auch einer breit angelegten Information über die Neureuter Nachrichten, über das Internet, über die BNN, und natürlich über die Öffentlichkeit von Sitzungen des Neureuter Ortschaftsrates, obwohl diese ja auch nicht so gut besucht werden, wie man sich das wünschen würde. Darüber hinaus biete ich, wie ja bereits erwähnt, vierteljährlich Bürgersprechstunden an und vielleicht gibt es ja auch mal die Gelegenheit für eine Bürgerversammlung. Mehr können wir diesbezüglich leider nicht tun. Für Verbesserungsvorschläge bin ich jedoch immer sehr aufgeschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der neue Ortschaftsrat tritt einen Weg ins Ungewisse an. Aber er ist, soweit es möglich war, darauf vorbereitet. Und Neureut ist auch als Stadtteil von Karlsruhe stets eine liebens- und auch lebenswerte Ortschaft geblieben. Wir haben, dank Ihnen, ein nach wie vor gut funktionierendes Gemeinwesen und wir verfügen über eine gute Verwaltung, auf die jederzeit Verlass ist. Man spürt, dass hier ein gutes Team am Werke ist.

Liebe Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte, ich denke, dass wir im Zusammenspiel und bei gutem Willen aller Kräfte unser Neureut zum Wohle und zum Nutzen der hier lebenden Menschen, aber auch im Interesse der Gesamtstadt weiterentwickeln können und dies auch tun werden. Ich verspreche Ihnen, ich werde auch weiterhin meine ganze Kraft dazu einsetzen, dass die Entwicklung von Neureut weiterhin so erfolgreich verläuft, wie dies bisher der Fall war.

Ich bin bereit, zum Dienst mit und an unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, so wahr mir Gott helfe. Herzlichen Dank nochmals für den großen Vertrauensbeweis“.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Vorschläge für die Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter des Ortsvorstehers (Vorlage Nr. 3/2014)**

Gemäß § 71 Abs. 1 GemO werden die Stellvertreter/innen des Ortsvorstehers auf Vorschlag des Ortschaftsrates aus der Mitte des Ortschaftsrates durch den Gemeinderat gewählt.

Die Ortsverwaltung schlägt vor, die Zahl der Stellvertreter/innen wie bisher auf 3 Personen zu beschränken. Die Stellvertretung war bisher unter Berücksichtigung des Stimmenaufkommens der einzelnen Wahlvorschläge geregelt.

Ortschaftsrat Dieter König beantragt, da es seine Fraktion als angemessen empfinde, dass jede Fraktion einen Stellvertreter stellen kann, einen vierten Stellvertreter und schlägt für die FDP Brigitte Schmider vor.

Bei 15 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme sowie zwei Enthaltungen fasst der Ortschaftsrat mehrheitlich den

Beschluss:

Die Zahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers wird auf vier erhöht.

Nach diesem grundsätzlichen Beschluss wird der Ortschaftsrat um Vorschläge für die Wahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers gebeten. Der Vorsitzende merkt dazu ergänzend an, dass die in Aussicht genommenen bzw. vorgeschlagenen Bewerber bzw. Bewerberinnen aus dem Ortschaftsrat bei der Beratung und Abstimmung über den Vorschlag nach § 18 Abs. 3 GemO nicht befangen sind.

Nach der Gemeindeordnung § 73 Abs. 57.3 ist die Wahl geheim, sie kann offen erfolgen, wenn kein Mitglied des Ortschaftsrates widerspricht.

Ortschaftsrat Karsten Lamprecht schlägt namens der CDU-Fraktion den bisherigen, ersten Stellvertreter, Herrn Ortschaftsrat Herbert Böllinger, wiederum für die Wahl zum 1. Stellvertreter des Ortsvorstehers vor.

Es wird einstimmig für eine offene Wahl plädiert.

Bei 17 Jastimmen sowie einer Enthaltung kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt, **Herrn Herbert Böllinger** dem Gemeinderat zur Wahl als 1. Stellvertreter des Ortsvorstehers vorzuschlagen.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber schlägt namens der SPD - Fraktion Herrn Harald Denecken für die Wahl zum 2. Stellvertreter des Ortsvorstehers vor.

Es wird einstimmig für eine offene Wahl plädiert.

Bei 17 Jastimmen sowie einer Enthaltung kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt, **Herrn Harald Denecken** dem Gemeinderat zur Wahl als 2. Stellvertreter des Ortsvorstehers vorzuschlagen.

Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt schlägt namens der Grünen-Fraktion Herrn Thomas Metzger für die Wahl zum 3. Stellvertreter des Ortsvorstehers vor.

Es wird einstimmig für eine offene Wahl plädiert.

Bei 17 Jastimmen sowie einer Enthaltung kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt, **Herrn Thomas Metzger** dem Gemeinderat zur Wahl als 3. Stellvertreter des Ortsvorstehers vorzuschlagen.

Ortschaftsrat Dieter König schlägt namens der FDP - Fraktion Frau Brigitte Schmider für die Wahl zum 4. Stellvertreter des Ortsvorstehers vor.

Es wird einstimmig für eine offene Wahl plädiert.

Bei 17 Jastimmen sowie einer Enthaltung kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt, **Frau Brigitte Schmider** dem Gemeinderat zur Wahl als 4. Stellvertreterin des Ortsvorstehers vorzuschlagen.

**Zu Punkt 4 der T.O.: **Bildung von Fraktionen und Benennung der
Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter
(Vorlage Nr. 4/2014)****

Dazu führt der Vorsitzende eingangs aus, der Ortschaftsrat habe mit Beschluss vom 19.12.1989 und mit Bestätigung vom 21.09.2004 festgelegt, dass zur Bildung einer Fraktion mindestens zwei Mitglieder eines Wahlvorschlages vorhanden sein müssen. Ein Handlungsbedarf zur Änderung dieser Festlegung ist aus der Sicht der Ortsverwaltung nicht gegeben. Nach dem Ergebnis der Ortschaftsratswahl vom 25.05.2014 ergeben sich demnach folgende Fraktionen:

Die CDU-Fraktion mit acht Mitgliedern, die SPD – Fraktion mit fünf Ortschaftsratsmitglieder, die Grünen – Fraktion mit vier Ratsmitgliedern und die FDP – Fraktion mit drei Ortschaftsratsmitgliedern .

Ortschaftsrat Klaus Bluck (SPD) habe mit Schreiben vom 10. Juli 2014 mitgeteilt, dass er nicht mehr der SPD-Ortschaftsratsfraktion angehöre und er sein Mandat künftig als „fraktionsloser Einzelortschaftsrat“ wahrnehmen werde.

Die **SPD-Ortschaftsratsfraktion** verfügt demnach anstelle von fünf über **vier Ortschaftsratsmitglieder**.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Klaus Bluck keine Fraktion bilden könne.

Anschließend bittet der Vorsitzende die Fraktionen ihre Vorsitzende und deren Stellvertreter zu benennen.

Ortschaftsrat Herbert Böllinger benennt als Ältester der CDU-Fraktion für die **CDU Karsten Lamprecht als Fraktionsvorsitzenden sowie Claudius Kirchenbauer und Martina Weinbrecht als Stellvertreter**.

Ortschaftsrätin Irene Moser benennt für die **SPD-Fraktion Barbara Rohrhuber als Fraktionsvorsitzende und Jürgen Marin als Stellvertreter**.

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis benennt für die **Grünen-Fraktion Dr. Stephanie Hugenschmidt als Fraktionsvorsitzende und Karin Heidke als Stellvertreterin**.

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider benennt für die **FDP-Fraktion Dieter König als Fraktionsvorsitzenden sowie Ole Reher als Stellvertreter**.

Die Wahl, so der Vorsitzende, müsse noch vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 23.09.14 bestätigt werden.

**Zu Punkt 5 der T.O.: Bildung der Ausschüsse des Ortschaftsrates
(Vorlage Nr. 5/2014)**

Die Ortsverwaltung schlage vor, so der Vorsitzende anhand der Druckvorlage, die Ausschüsse nach Sainte-Laguë/Schepers mit 11 Mitgliedern zu besetzen.

Nach dem jüngsten Wahlergebnis vom 25.05.2014 ergibt sich bei insgesamt je 11 Ausschussmitgliedern nach Sainte-Laguë/Schepers (Höchstzahlverfahren) rein rechnerisch folgende Zusammensetzung:

CDU-Fraktion = 4 Sitze,
SPD-Fraktion = 3 Sitze,
GRÜNE-Fraktion = 2 Sitze,
FDP-Fraktion = 2 Sitze.

Der Ortschaftsrat kommt als Ergebnis seiner Beratung zu folgenden

Beschlüssen:

1. Zur Vorbereitung seiner Verhandlungen bzw. einzelner Gegenstände beschließt der Ortschaftsrat einstimmig die Bildung bzw. Weiterführung folgender Ausschüsse:
 - a) Verwaltungsausschuss
 - b) Technischer AusschussDem Technischen Ausschuss werden darüber hinaus die Stellungnahmen zu Bauvoranfragen und Bauanträgen als beschließende Aufgabe übertragen.
2. Die Zahl der Ausschussmitglieder wird einstimmig auf jeweils 11 Personen festgelegt.
3. Die Zusammensetzung der Ausschüsse (Technischer Ausschuss und Verwaltungsausschuss) wird einstimmig wie folgt bestimmt: CDU-Fraktion = 4 Sitze, SPD-Fraktion = 3 Sitze, GRÜNE-Fraktion = 2 Sitze, FDP-Fraktion = 2 Sitze.

Zu Punkt 6 der T.O.: Besetzung der Ausschüsse des Ortschaftsrates und sonstiger Gremien (Vorlage Nr. 6/2014)

Zur Besetzung der Ausschüsse weist der Vorsitzende darauf hin, die Ortsverwaltung habe die Fraktionen hierzu entsprechend angeschrieben und um die Besetzung der Ausschüsse gebeten habe.

Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, ihre Mitglieder zu benennen:

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Verwaltungsausschuss:</u>	Weinbrecht, Martina Hofmann, Detlef Seibert, Steffen Böllinger, Herbert Denecken, Harald Marin, Jürgen Moser, Irene Dr. Hansis, Dorothea Dr. Hugenschmidt, Stephanie König, Dieter Schmider, Brigitte	Luczak-Schwarz, Gabriele Groß, Günther Lamprecht, Karsten Kirchenbauer, Claudius Bluck, Klaus Rohrhuber, Barbara Rohrhuber, Barbara Metzger, Thomas Heidke, Karin Reher, Ole Reher, Ole
<u>Technischer Ausschuss:</u>	Luczak-Schwarz, Gabriele Groß, Günther Lamprecht, Karsten, Kirchenbauer, Claudius Bluck, Klaus Marin, Jürgen Rohrhuber, Barbara Heidke, Karin Metzger, Thomas König, Dieter Reher, Ole	Weinbrecht, Martina Hofmann, Detlef Seibert, Steffen Böllinger, Herbert Denecken, Harald Moser, Irene Moser, Irene Dr. Hugenschmidt, Stephanie Dr. Hansis, Dorothea Schmider, Brigitte Schmider, Brigitte

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung des Verwaltungsausschusses sowie des Technischen Ausschusses soll in der oben genannten Zusammensetzung erfolgen.

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Schulbeirat:</u>	Kohl, Martin Moser, Irene Dr. Hugenschmidt, Stephanie Schmider, Brigitte	Weinbrecht, Martina Rohrhuber, Barbara Heidke, Karin Dr. Seitz, Ekkehart

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung des Schulbeirates soll in der oben genannten Zusammensetzung erfolgen.

Vor der Benennung der Mitglieder des **Umlegungsausschusses** beantragt **Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber** diesen nach dem Höchstzahlverfahren (Sainte-

Laguë/Schepers) zu besetzen und darüber abzustimmen. Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Gegenstimmen für diesen Antrag.

Bei neun Jastimmen sowie neun Neinstimmen kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat lehnt den Antrag ab, den Umlegungsausschuss nach dem Höchstzahlverfahren (Sainte-Laguë/Schepers) zu besetzen .

Nun müssen vier Vertreter benannt werden, erklärt der Vorsitzende. Die CDU-Fraktion habe zwei benannt, die SPD einen, die Grünen einen und die FDP ebenfalls einen Vertreter.

Zum Umlegungsausschuss müsse eine Wahl durchgeführt werden, erläutert daraufhin der Vorsitzende. Jeder habe jeweils vier Stimmen für die folgenden fünf ausgewählten Kandidaten: die Herren Groß, Kirchenbauer, Bluck, Metzger und König stehen zur Wahl.

Nach der geheim durchgeführten Wahl entfallen auf

Groß, Günther 13 Stimmen,

Kirchenbauer Claudius 13 Stimmen,

Klaus Bluck 7,

Thomas Metzger 14 sowie

Dieter König 10 Stimmen.

In den **Umlegungsausschuss** sind damit gewählt:

Günther Groß, Claudius Kirchenbauer, Thomas Metzger und Dieter König. Stellvertreter sind Karsten Lamprecht, Herbert Böllinger, Dr. Dorothea Hansis und Ole Reher.

Gutachterausschuss: Hier sind Klaus Bluck und als Stellvertreter Dieter König als Mitglieder vorgeschlagen, so der Vorsitzende.

Karsten Lamprecht benennt Steffen Seibert. Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber schlägt Klaus Bluck, nach dem Ausgang der Wahl für den Umlegungsausschuss, vor. Die CDU zieht ihren Kandidat Steffen Seibert zurück.

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Mitglied**Stellvertreter****Gutachterausschuss:**

Bluck, Klaus

König, Dieter

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung des Gutachterausschusses soll in der oben genannten Zusammensetzung mit Klaus Bluck und als Stellvertreter Dieter König erfolgen.

Urkundspersonen für Protokolle:

Nach der Geschäftsordnung sei hierfür vorgesehen, dass die Niederschrift von mindestens drei Personen zu unterzeichnen sei. Hier schlägt Ortschaftsrat Karsten Lamprecht vor, dass künftig alle vier Fraktionen jeweils eine Urkundsperson stellen. Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt ergänzte, dass dieser Vorschlag von ihrer Seite kam und im Konsens nun beantragt werde, da die Grünen bisher wenig Berücksichtigung fanden und dies auch aus demokratischer Sicht gerecht sei.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Zahl der Urkundspersonen für Protokolle soll auf vier (Vertreter aller Fraktionen des Ortschaftsrates) erhöht werden.

Mitglieder**Stellvertreter****Urkundspersonen für Protokolle:**

Böllinger, Herbert
Rohrhuber, Barbara
Dr. Hugenschmidt, Stephanie
Schmider, Brigitte

Kirchenbauer, Claudius
Denecken, Harald
Heidke, Karin
König, Dieter

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung für die Urkundspersonen für Protokolle soll in der oben genannten Zusammensetzung erfolgen.

Für den Beirat zur Jugendmusikschule werden vorgeschlagen:

Mitglieder**Stellvertreter****Beirat zur Jugendmusikschule:**

Weinbrecht, Martina
Rohrhuber, Barbara
Dr. Hansis, Dorothea
Schmider, Brigitte

Kirchenbauer, Claudius
Moser, Irene
Metzger, Thomas
Reher, Ole

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung des Beirates zur Jugendmusikschule soll in der oben genannten Zusammensetzung erfolgen.

Für den **Vermittlungsausschuss** schlägt der Vorsitzende vor, die Mitglieder erst nach Vorliegen eines konkreten Falles zu benennen.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber möchte, dass diese Position von vornherein den bestimmten Fraktionen zugeordnet werde. Sie fragt nach, ob man darüber abstimmen könnte. Der Vorsitzende meint hingegen, dass man dies nicht bräuchte. Dies könne man von Fall zu Fall abstimmen. **Ortschaftsrat Harald Denecken** gibt zu bedenken, dass es je nach Thema wichtig sei, welche Person man dafür benenne.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber findet es legitim, den Antrag zu stellen, zu Beginn gleich festzulegen, dass die drei größten Fraktionen hier vertreten seien.

Ortschaftsrat Dieter König beantragt, darüber abzustimmen. Es käme auf die Personen - und die Sachlage an.

Auf eine entsprechende Nachfrage des Vorsitzenden, ob geheim oder per Akklamation abgestimmt werden soll, meint **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt**, sie finde geheim sinnvoll.

Bei der geheim durchgeführten Wahl gibt es fünf Jastimmen für den Vorschlag von Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber, dass die drei großen Fraktionen den Vermittlungsausschuss stellen, 12 Neinstimmen entfallen darauf sowie eine Enthaltung.

Somit kommt es mehrheitlich zu folgendem

Beschluss:

Die Mitglieder des Vermittlungsausschusses sollen erst nach Vorlage eines konkreten Falles aus den Reihen des Ortschaftsrates benannt werden.

Zur Benennung der Vertreter im Stiftungsrat der **Edmund und Karin Dunke-Stiftung** gibt der Vorsitzende bekannt, es gebe einen Vorschlag von jeder Fraktion.

Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt erklärt, dass sie in Absprache dem Wunsch der FDP gerne nachkomme wolle und ihnen den Sitz der Grünen überlassen werde – in enger Verbundenheit.

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Vertreter im Stiftungsrat der Edmund und Karin Dunke-Stiftung:</u>	Lamprecht, Karsten Denecken, Harald König, Dieter	Böllinger, Herbert Moser, Irene Reher, Ole

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Vertreter im Stiftungsrat der Edmund und Karin Dunke-Stiftung sollen in der oben genannten Zusammensetzung entsandt werden.

Theresia-Fallenbüchel-Stiftung: Hier gebe es vier Vertreter des Ortschaftsrates, so sei es festgehalten, führt der Vorsitzende zu Beginn an. Von der Ortsverwaltung sei pro Fraktion eine Person vorgeschlagen worden. So sei es aber nicht gekommen, es gebe für die CDU zwei Vorschläge, für die SPD einen und auch für die Grünen einen.

Ortschaftsrätin Irene Moser appelliert an den Ortschaftsrat, dass jede Fraktion einen Vertreter/Vertreterin entsendet, denn dies wäre im Sinne der Stiftung. Dies sei bereits bei der Gründung der Stiftung ein Thema gewesen. Damit beantragt sie Wahl.

Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt gibt zu bedenken, dass man nun das neue Höchstzählverfahren habe. Dies sehe als Grundlage für solche Fälle vor, dass jede Fraktion ein Mitglied bestellen sollte. Das bilde auch das Wahlergebnis relativ gut wieder.

Ortschaftsrat Dieter König meint, das Ansinnen von Ortschaftsrätin Irene Moser sei zwar richtig, aber die FDP habe sich zurückgezogen und stelle keinen Vertreter.

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Vertreter im Stiftungsrat der Theresia-Fallenbüchel-Stiftung:</u>	Weinbrecht, Martina Groß, Günther Marin, Jürgen Metzger, Thomas	Kirchenbauer, Claudius Luczak-Schwarz, Gabriele Rohrhuber, Barbara Heidke, Karin

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst bei 15 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die Vertreter im Stiftungsrat der Vertreter im Stiftungsrat der Theresia-Fallenbüchel-Stiftung sollen in der oben genannten Zusammensetzung, wie von den Fraktionen gemeldet, entsandt werden.

Bei der Kommission für eilige Bauanträge/-voranfragen, erklärt der **Vorsitzende**, sei der Vorschlag, vier Vertreter, je Fraktion eine Person und so wurde sie auch von den Fraktionen benannt:

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Kommission für eilige Bauanträge/ -voranfragen:</u>	Kirchenbauer, Claudius Rohrhuber, Barbara Heidke, Karin König, Dieter	Groß, Günther Bluck, Klaus Metzger, Thomas Reher, Ole

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung der Kommission für eilige Bauanträge soll in der oben genannten Zusammensetzung erfolgen.

Beratendes Mitglied im Aufsichtsrat der Konversionsgesellschaft mbH, soweit der Bereich „Kirchfeld-Nord“ betroffen war bisher: Prof. Hans Müller, weitere Vorschläge sind nicht eingegangen, berichtet der Vorsitzende

Die Wahl ist geheim, erfolgt jedoch offen, da es keinen Widerspruch gibt.

Der Ortschaftsrat fasst bei 17 Ja-Stimmen sowie einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Beratendes Mitglied im Aufsichtsrat der Konversionsgesellschaft mbH ist **Herrn Prof. Hans Müller**

Zu Punkt 7 der T.O.: **Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

Zu diesem TOP erfolgen keine Meldungen !

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende zum Auftakt für die gute Zusammenarbeit und zu seiner Wahl als Ortsvorsteher. Er wünscht allen eine gute Ferienzeit und weist darauf hin, dass sich alle am 16. September wieder zur Ausschusssitzung treffen.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: